

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 28 (1936)
Heft: 11

Rubrik: Politik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politik.

Die Ergebnisse der Nationalratswahlen 1935.

Die Nationalratswahlen vom letzten Herbst fielen in eine Zeit besonders starker politischer Spannungen. Seit den letzten Wahlen im Jahre 1931 hatte sich verschiedenes geändert. Neue Parteien sind aufgetreten, von denen es völlig unsicher war, wie weit sie die Zustimmung der Wählermassen erhalten werden. Wie schon lange bekannt ist, haben die Wahlen keine umstürzenden Wandlungen in der politischen Zusammensetzung unseres Parlamentes zur Folge gehabt. Bei der Durchsicht der vom Eidgenössischen Statistischen Amt ausgearbeiteten Statistik der Nationalratswahlen*, die reichlich spät erschienen ist, fallen dennoch einige recht interessante Aenderungen gegenüber den Wahlen von 1931 auf.

Die Wahlbeteiligung hat nicht, wie man auf Grund der erregten Zeiten hätte erwarten können, zugenommen, sondern im Gegenteil, sie war etwas kleiner als 1928 und 1931. Sie betrug in Prozenten der Stimmberechtigten:

1919	80,4	1928	78,8
1922	76,4	1931	78,8
1925	76,8	1935	78,3

Infolge der Zunahme der Parteilisten war wohl eine etwas grössere Anzahl Wähler im unklaren, wem die Stimme gegeben werden soll, so dass sie gar nicht zur Urne gingen.

Ueber die Verteilung der Stimmen auf die verschiedenen Parteien und über die eingetroffenen Aenderungen orientiert folgende Tabelle:

Partei	Zahl der Wähler				
	1919	1925	1928	1931	1935
Sozialdemokratie	175,853	193,357	220,141	243,069	255,843
Freisinnig-demokratische Partei	215,188	204,774	218,339	222,365	216,664
Katholisch-Konservative . . .	152,502	153,798	169,534	180,222	185,052
Bauern- und Bürgerpartei . .	114,537	115,797	126,961	131,809	97,604
Jungbauern	—	—	—	—	38,306
Unabhängige	—	—	—	—	37,861
Liberal-demokratische Partei .	28,497	26,603	23,752	24,573	30,476
Fronten	—	—	—	—	13,740
Kommunisten	—	14,837	14,818	15,982	12,569
Sozialpolitische Gruppe . . .	17,282	16,362	15,116	8,864	2,003
Grütlianner	19,005	427	—	—	—
Uebrigte Parteien	10,913	11,538	10,577	13,604	23,405
Zusammen	733,777	737,493	799,238	840,488	913,523

Als neue Parteien beteiligten sich dieses Jahr an den Nationalratswahlen: die Fronten, die Jungbauern, die Unabhängigen (Migrosliste) und ferner die Freiwirtschaftler, denen 11,078 Stimmen zufielen, die jedoch keinen Sitz erhalten konnten. Von den alten Parteien haben Stimmen verloren: die Freisinnige Partei, die Bauern- und Bürgerpartei (zugunsten der Jungbauern), die Kommunisten, die Evangelische Volkspartei und die Sozialpolitische Gruppe. Viel deutlicher zeigen sich die Verschiebungen an den Prozentzahlen.

	Von 100 Wählern entfielen auf:				
	1919	1925	1928	1931	1935
Sozialdemokratische Partei . .	24,0	26,2	27,6	28,9	28,0
Freisinnig-demokratische Partei	29,3	27,8	27,3	26,5	23,7
Katholisch-konservative Partei .	20,8	20,8	21,2	21,4	20,3
Bauern- und Bürgerpartei . . .	15,6	15,7	15,9	15,7	10,7
Hauptparteien zusammen	89,7	90,5	92,0	92,5	82,7

* *Nationalratswahlen 1935*, Heft 5, der Beiträge zur Schweizerischen Statistik, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt, Bern, 1936.

	Von 100 Wählern entfielen auf:				
	1919	1925	1928	1931	1935
Jungbauern	—	—	—	—	4,2
Unabhängige	—	—	—	—	4,2
Liberal-demokratische Partei	3,9	3,6	3,0	2,9	3,3
Fronten	—	—	—	—	1,5
Kommunisten	—	2,0	1,8	1,9	1,4
Sozialpolitische Gruppe	2,4	2,2	1,9	1,1	0,2
Grütlianer	2,6	0,1	—	—	—
Uebrige Parteien	1,4	1,6	1,3	1,6	2,5
Kleinparteien zusammen	10,3	9,5	8,0	7,5	17,3
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Die wichtigste Aenderung ist wohl die, dass die alten Hauptparteien wesentlich an Bedeutung verloren haben. Noch immer gehört zwar der Hauptteil der Wähler zu ihnen, fast 83 Prozent, doch 1931 erhielten sie noch 92 Prozent aller Stimmen. Unter den Kleinparteien verzeichnen zwei neue Gruppen die grössten Wählerzahlen, nämlich die Jungbauern und die Unabhängigen, während die Freiwirtschaftler und die Fronten nur über einen unbedeutenden Anhang verfügen. Von den alten Kleinparteien sind vor allem die Evangelische Volkspartei und die Kommunisten fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken; die Liberalen haben dagegen ihre Lage etwas verbessern können. Die Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei blieb ziemlich stabil. Sie ist die grösste Partei geblieben und hat mit 28 Prozent aller Stimmen die früher grösste Partei, die Freisinnigen, die stark abgenommen hat, weit überflügelt.

In den Kantonen setzte sich die Stimmenzahl wie folgt zusammen:

	Sozial- demo- kraten	Frei- sinnige	Konser- vative	Bauern und Bürger	Jung- bauern	Unab- hängige	Fronten	Andere Parteien	Total
Zürich	45,788	26,256	9,721	20,266	3,875	28,163	5,678	14,268	154,015
Bern	52,980	21,286	8,321	46,811	15,812	4,577	2,428	3,911	156,126
Luzern	6,593	16,539	24,495	—	—	—	—	—	47,627
Uri	—	3,007	—	—	—	—	—	191	3,198
Schwyz	2,630	3,694	6,893	—	—	—	—	—	13,217
Obwalden	—	—	2,537	—	—	—	—	33	2,570
Nidwalden	—	—	2,889	—	—	—	—	10	2,899
Glarus	2,186	2,203	1,687	—	—	—	—	2,003	8,079
Zug	1,620	1,904	3,252	—	—	—	—	—	6,776
Freiburg	2,700	7,784	20,940	—	—	—	—	—	31,424
Solothurn	10,622	15,707	9,001	—	—	—	—	—	35,330
Baselstadt	12,915	4,821	3,766	2,839	—	—	—	10,647	34,988
Baselland	5,586	4,687	1,904	1,737	834	—	—	2,828	17,576
Schaffhausen	5,258	3,096	—	—	2,696	—	1,544	—	12,594
Appenzell A.-Rh.	5,317	4,579	—	—	—	—	—	—	9,896
Appenzell I.-Rh.	—	58	2,152	—	—	—	—	55	2,265
St. Gallen	11,519	16,758	24,221	—	2,134	5,121	—	2,227	61,980
Graubünden	3,640	5,986	9,287	—	7,449	—	—	—	26,362
Aargau	22,621	11,052	13,871	10,099	3,040	—	—	2,343	63,026
Thurgau	8,374	5,502	5,715	7,193	2,466	—	812	—	30,062
Tessin	4,828	14,996	11,380	—	—	—	—	—	31,204
Waadt	21,490	27,748	—	8,659	—	—	—	16,895	74,792
Wallis	4,419	6,724	19,309	—	—	—	574	—	31,026
Neuenburg	11,502	6,126	—	—	—	—	—	7,107	24,735
Genf	13,255	6,151	3,711	—	—	—	2,704	5,935	31,756
Zusammen	255,843	216,664	185,052	97,604	38,306	37,861	13,740	68,453	913,523

Eine sozialdemokratische Mehrheit wurde 1935 im Kanton Appenzell A.-Rh. erreicht, wo die Sozialdemokratie 53,7 Prozent der Stimmen an sich ziehen konnte; über 40 Prozent der Stimmen flossen ihr in den Kantonen Neuenburg, Schaffhausen und Genf zu. Ferner ergab sich in folgenden Gemeinden eine sozialdemokratische Mehrheit: Biel, La Chaux-de-Fonds, Le Locle, Schaffhausen, Grenchen und Herisau.

Man hat oft darüber diskutiert, zu welchen Parteien sich die Anhänger der neuen Gruppen früher bekannt haben. Während die Jungbauern als Erneuerungsgruppe der Bauern- und Bürgerpartei zu betrachten sind, rekrutieren sich die Wähler der Unabhängigen und der Fronten vermutlich vor allem aus ehemaligen Anhängern der Freisinnigen Partei.

Dies geht auch aus den Zahlen über die panaschierten Stimmen hervor, die dieses Jahr erstmals statistisch erfasst und verarbeitet wurden und die recht interessante Details aufzeigen. Rund 70 Prozent der Wähler legten eine unveränderte Parteiliste ein, 20 Prozent änderten ihre Parteilisten, indem sie eine eigene Rangordnung vornahmen. Der Rest, nur 10 Prozent, setzte auf die Parteilisten Namen aus anderen Parteien. Von den vier alten Hauptparteien ist die Parteidisziplin bei der Sozialdemokratie am grössten; von ihren Wählern wurde am wenigsten panaschiert. Von 100 Parteizetteln in 20 Proporzkantonen entfielen auf:

	unverändert	kumuliert	panaschiert	Total
Sozialdemokraten	88,6	6,8	4,6	100,0
Konservative	62,2	31,9	5,9	100,0
Freisinnige	65,2	22,4	12,4	100,0
Bauern- und Bürgerpartei .	59,8	26,9	13,3	100,0
Alle Parteien	70,8	18,7	10,5	100,0

Erstaunlicherweise geht aus den Zusammenstellungen über die panaschierten Stimmen hervor, dass aus allen Parteien den Konkurrenzparteien, manchmal auch den grimmigsten Gegnern, Stimmen gegeben wurden. Es handelt sich hier zwar um Einzelgänger. Wie gezeigt, geben 90 Prozent der Wähler ihre Stimme nur einer Partei. Sehr stark wurde von den Unabhängigen vom Panaschieren Gebrauch gemacht. Ihre Listen enthielten leere Linien, was zum Panaschieren anreizen musste. Da angenommen werden kann, dass dies vor allem zugunsten der Partei geschah, der die Betreffenden früher ihre Stimme gaben, lassen diese Zahlen auf die Herkunft der Migroswähler schliessen. Von 100 panaschierten Stimmen der Unabhängigen erhielten in den drei Kantonen, in denen die Unabhängigen kandidierten:

	Kanton Zürich	Kanton Bern	Kanton St. Gallen
Freisinnige	44,4	35,1	54,5
Sozialdemokraten und Kommunisten .	21,9	26,7	17,0
Konservative	5,1	2,0	19,8
Bauern	5,6	16,9	—
Andere Parteien	23,0	19,3	8,7
Zusammen	100,0	100,0	100,0

Auch zwischen den Fronten und den Freisinnigen lassen sich auf diese Weise ziemlich enge Beziehungen aufzeigen. Auf der anderen Seite ist es jedoch interessant, dass sich die Wirkung der Front der Arbeit an den panaschierten Stimmen ablesen lässt. Zwischen Sozialdemokraten, Jungbauern, Freiwirtschaftern, teilweise auch Freisinnigen herrscht ein relativ grosser Stimmenaustausch.

Die Verteilung der Wählerschaft auf Stadt- und Landgemeinden zeigt recht instruktive Unterschiede zwischen den Parteien. Von 100 Wählern jeder Partei entfielen auf:

	Großstädte	Mittel- und Kleinstädte	Land- gemeinden	Zusammen
Jungbauern	2,6	3,4	94,0	100
Bauern und Bürger	9,0	3,7	87,3	100
Konservative	6,3	8,9	84,8	100
Freisinnige	12,2	18,7	69,1	100
Sozialdemokraten	24,1	21,5	54,4	100
Fronten	45,8	8,9	45,3	100
Liberale	30,1	24,9	45,0	100
Unabhängige	51,7	11,6	36,7	100
Kommunisten	72,9	7,8	19,3	100
Uebrige Parteien	15,7	14,4	69,9	100
Alle Wähler	17,4	14,8	67,8	100

Die Jungbauern und die Bauern- und Bürgerpartei haben naturgemäss den grössten Anhang auf dem Lande. Aber auch der Sozialdemokratie fliessen fast 55 Prozent ihrer Stimmen aus Landgemeinden zu. In diesen Zahlen zeigt sich sehr deutlich, dass die neueren Parteien vor allem städtische Parteien sind; die Fronten und die Unabhängigen konnten auf dem Lande bedeutend schlechter vordringen. Am ausschliesslichsten stützt sich die Kommunistische Partei auf die städtische Bevölkerung.

Die Stärke der verschiedenen Parteien kommt in der Sitzverteilung im Nationalrat nicht so deutlich zum Ausdruck wie bei den Wahlstimmen. Der Mandatanteil der Parteien fällt mit dem Wähleranteil nicht zusammen, weil jeder Kanton einen Wahlkreis für sich bildet, wodurch Stimmen verloren gehen, und weil häufig Listenverbindungen vorgenommen wurden. Unter diesen Verhältnissen leidet vor allem die Sozialdemokratie. Ohne Listenverbindungen der bürgerlichen Parteien hätte die Sozialdemokratie in fünf Kantonen je einen Sitz mehr erhalten. Das parteipolitische Bild des Nationalrates hat sich relativ wenig verändert. Es sieht nun folgendermassen aus:

	Zahl der Vertreter					
	1919	1922	1925	1928	1931	1935
Nationale Front	—	—	—	—	—	1
Katholisch-Konservative	41	44	42	46	44	42
Liberal-Demokratische	9	10	7	6	6	7
Freisinnig-Demokratische	59	58	59	58	52	48
Bauern und Bürger	31	35	31	31	30	21
Freie Demokraten (Jungbauern)	—	—	—	—	—	7
UDE, Genf	—	—	1	1	—	—
Unabhängige	—	—	—	—	—	7
Evangelische Volkspartei	1	1	1	1	1	1
Sozialpolitische Gruppe	5	5	5	3	2	1
Grütlianner	2	—	—	—	—	—
Sozialdemokraten	41	43	49	50	49	50
Kommunisten	—	2	3	2	3	2
Zusammen	189	198	198	198	187	187

Die «Erneuerung der Schweiz» hat sich in diesen Wahlen vor allem in einer Verjüngung der Nationalräte ausgewirkt. Das Durchschnittsalter sank von 52,2 (1931) auf 49,9; es ist aber immer noch etwas höher als 1919, wo es 49,5 betrug; seither ist es bis 1931 ununterbrochen angestiegen. Eine weitere Wandlung zeigt sich vor allem darin, dass sehr viel neue Mitglieder in den Nationalrat eingezogen sind, viel mehr als dies gewöhnlich der Fall war. Nur 124 frühere Ratsmitglieder wurden wiedergewählt, 37 waren freiwillig zurückgetreten, 26 wurden in den Wahlen nicht mehr bestätigt, so dass 63 neue Nationalräte gewählt wurden.

Wenig verändert hat sich die Berufsgliederung der Nationalräte. Nur die Gruppe der Berufs- und Verbandspolitiker und der Redaktoren hat an Gewicht zugenommen. Fast ein Viertel aller Räte fallen auf diese Gruppe. Ein weiteres Viertel setzt sich aus den freien Berufen zusammen, ein Viertel aus Beamten, Lehrern und der Rest aus Industriellen, Gewerbe- und Handeltreibenden.

Arbeitsrecht.

Einhaltung der Kündigungsfrist auch bei Arbeitsunterbruch.

Artikel 26 des Fabrikgesetzes lautet: «Wird das Dienstverhältnis in vertrags- oder gesetzwidriger Weise gelöst, so hat der Fabrikhaber, wenn er der schuldige Teil ist, dem Arbeiter als Schadenersatz einen Betrag, der dem Lohne von sechs Tagen gleich kommt, zu bezahlen.» Dem Gewerbegericht Bern wurde vor kurzem ein Fall vorgelegt, in dem ein Fabrikarbeiter einem vorübergehenden Arbeitsunterbruch ohne Lohn zugestimmt hatte. Später wurde er jedoch ohne Kündigung entlassen. Das Gericht entschied, dass die Vereinbarung mit dem Arbeiter keine Kündigung gewesen sei und dass durch den Arbeitsunterbruch die Kündigungspflicht nicht aufgehoben werde. Deshalb müsse der Unternehmer die vorgesehene Entschädigung für die kündigungslose Auflösung des Arbeitsverhältnisses tragen. Das Gewerbegericht bemerkte dazu: «Im Verhältnis zu dem vom Arbeiter im vorliegenden Falle freiwillig getragenen lohnlosen Arbeitsunterbruch erscheint die gesetzliche Entschädigung von sechs Tagelöhnen übrigens sehr gering.»

Selbstverschuldete Arbeitslosigkeit.

Bei der Auszahlung der Arbeitslosenversicherung verursacht der Begriff «selbstverschuldete Arbeitslosigkeit» vielfache Schwierigkeiten. Ein Hilfsarbeiter erhielt vom Arbeitsamt eine Stelle mit Kost und Logis in einem Wirtschaftsbetrieb angeboten. Er verweigerte die Annahme dieser Arbeit mit der Begründung, dass er mit seinem Vater zusammenwohne, der wegen der grösseren Wohnung darauf angewiesen sei, dass seine Kinder keine Stelle mit Kost und Logis annehmen. Der Regierungsrat schützte bei dem Rekurs die Arbeitslosenkasse, die die Auszahlung des Taggeldes einstellte. Auf die Begründung des Arbeiters wurde geantwortet, dass bei einer eintretenden Notlage des Vaters das Bureau für Notunterstützungen oder die Armenbehörde die erforderliche Hilfe bringen müssen.

Buchbesprechungen.

Dr. jur. Peter Smolensky. Entstehung und Erfüllung des Ferienanspruchs. Zürcher Dissertation. 80 Seiten.

Der Verfasser prüft klar und leichtfasslich die rechtliche Natur der Ferien im Dienstvertragsverhältnis. Mit Recht stellt er sich auf den Standpunkt, dass die Ferien des Dienstpflichtigen juristisch weder ein Geschenk des Dienstherrn noch ein Akt der sozialen Fürsorge des Arbeitgebers darstellen, sondern eine besondere Art des Entgeltes für geleistete Arbeit. Auf Grund dieser Entgelttheorie nimmt er Stellung zu verschiedenen grundsätzlichen Streitfragen, unter Berücksichtigung einer noch wenig umfangreichen Spezialliteratur